Protokoll:

Die Vorsitzende erläutert, dass einige Zuständigkeiten des Kulturausschusses neu gefasst wurden.

RM Freisberg führt an, dass die Frage der Praktikabilität zu klären bliebe. Er schlägt dem Ausschuss vor, eine Wertgrenze einzurichten, damit einheitlich und nicht über alle Leihgaben befunden werden müsse.

RM Balmes weist darauf hin, dass es von Wichtigkeit sei, ein Vier-Augen-Prinzip einzurichten. Er betrachtet die beigefügte Synopse in sich als nicht schlüssig, die Kunstobjekte werden häufig sehr kurzfristig ver- und entliehen. Die Museumsleitung könne nicht darauf warten, dass der Ausschuss eine Sondersitzung einberuft, um über diesen Vorgang zu beschließen. Er erbittet im Namen der CDU-Fraktion, darüber noch einmal zu beraten, ehe ein Beschluss getroffen wird.

RM Bourry erwähnt, dass sich die Ausschussmitglieder ausdrücklich gewünscht haben, mehr Einblick in die Vorgänge zu erhalten, man allerdings differenzieren müsse, in welche Hände die jeweiligen Objekte entliehen werden. Sie stellt sich die Frage, wie praktikabel dieser Vorgang tatsächlich ist.

Sie führt im Namen der Fraktion Grüne fort, dass sie es sehr interessant finden, über die Leihgaben ausführlich informiert zu werden beziehungsweise zu bestimmen, sie der Durchführung einer Leihgabe allerdings nicht im Wege stehen wollen. Zudem würden sie gern erfahren, welche Auswirkung der Weg über den Ausschuss letztendlich hat.

Die Vorsitzende schlägt vor, eine Betragsgrenze festzulegen, nach der man sich künftig richten könne.

RM Rudolph stimmt der Idee zu, dass eine Betragsgrenze geregelt werden müsse und wünscht sich ebenfalls eine weitere Beratung innerhalb der SPD-Fraktion, bevor über die neuen Zuständigkeiten des Kulturausschusses bestimmt wird.

RM Naumann zeigt sich überrascht gegenüber den Stellungnahmen einzelner Ausschussmitglieder und erinnert an die Ursache dieser Beschlussvorlage.

Herr von der Bank erläutert, dass im Jahr 2020 insgesamt 386 Objekte nach Koblenz verliehen wurden. Die Anzahl der Objekte, die aus dem Mittelrhein-Museum heraus entliehen werden, sei mit insgesamt 31 Stück deutlich geringer. Diese werden hauptsächlich in weitere deutsche Museen entliehen, die meisten mit überschaubaren Werten.

Frau Dr. Reifenscheid-Ronnisch führt aus, dass im Jahr 2019 538 Leihgaben, im Jahr 2018 insgesamt 406 Leihgaben zum Ludwig Museum verliehen wurden, ähnlich wie im Mittelrhein-Museum hingegen nur einige wenige Objekte aus dem Museum heraus verliehen wurden.

Die Vorsitzende führt aus, dass sie die Meinungsbildungsprozesse innerhalb des Ausschusses sehr interessant finde und vernimmt, dass mehrheitlich befürchtet wird, dass die Ausschussmitglieder zu sehr mit den Bestimmungen über die Leihgaben der Museen belastet werden. Sie hält fest, dass die Fraktionen noch Zeit benötigen, sich untereinander zu beraten, ehe über diesen Tagesordnungspunkt beschlossen werden könne. Ferner erklärt sie, dass das Versicherungsamt sowie gegebenenfalls das Rechtsamt über Dauerleihgaben stets informiert werden müsse. Sie fasst die Wortmeldungen der Fraktionen zusammen und stellt fest, dass sich die Ausschussmitglieder wünschen, künftig über geplante Leihgaben informiert zu werden, es aber nicht erforderlich sei, über diese zu beschließen.

Die Vorsitzende fragt Herrn von der Bank, ob er eine Summe benennen könne, nach der man sich künftig richten könnte.

Herr von der Bank erklärt, dass die Frage sei, ob man das einzelne Werk betrachten möchte, oder eine gesamte Ausstellung. Um die Frage der Vorsitzenden zu beantworten, müsse genau definiert werden, welche Zahlen gewünscht werden.

RM Altmaier wünscht sich seitens des Ausschusses mehr Vertrauen in die Dezernentin sowie in die Museumsleitungen.

Die Vorsitzende schlägt vor, eine Zahl von 5.000€ pro Werk festzusetzen. Auf diesen Vorschlag wird keine Reaktion gezeigt. Sie vertagt den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung in 2021.